

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Zweifel am Sinn der informellen Ratstagung der EU-Arbeits- und Sozialminister in Dortmund äußert **Rudolf Dreßler MdB**.

Seite 1

Der Transrapid ist in Deutschland nicht zu gebrauchen und für den Export zu teuer, stellt **Michael Müller MdB** fest.

Seite 2

Jetzt entdeckt auch die CDU die Quote. Wahlkampfgeklingel vermutet die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), **Karin Junker MdEP**.

Seite 3

In Neapel steht die Glaubwürdigkeit des Weltwirtschaftsgipfels auf dem Spiel. Die Forderung der SPD an den G 7-Gipfel formuliert **Prof. Dr. Uwe Jens MdB**.

Seite 3

49. Jahrgang / 129

8. Juli 1994

Nur eine Wahlkampfshow?

Zum Treffen der EU-Arbeits- und Sozialminister in Dortmund

Von Rudolf Dreßler MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Eine informelle Ratstagung zu Beginn der deutschen Präsidentschaft ist sicherlich richtig, sie droht allerdings zu einer simplen Wahlkampfshow zu verkommen, weil

- eine dreitägige Veranstaltung ungewöhnlich lang ist, wenn davon zwei Tage nur pressewirksames Beiprogramm absolviert wird.
- und Minister BKüm ansonsten stets seinem Staatssekretär die Ministerratstagungen überläßt.

Auf dem informellen Treffen werden keine Beschlüsse gefaßt. Dennoch sollte der Minister sich nicht nur auf Deklarationen beschränken, sondern die Schwerpunkte für die deutsche Präsidentschaft auf dens Weg bringen. Die SPD erwartet, daß dabei die einstimmig verabschiedete Entschließung zum Grünbuch im Vordergrund steht. Auch wenn die Richtlinie zum europäischen Betriebsrat positiv zu bewerten ist, dürfen wir uns darauf in der deutschen Präsidentschaft keineswegs ausruhen. Wir brauchen vom Arbeitsministerrat ein klares Signal für eine EU-weite Aktion zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf Basis des EU-Weißbuches. Hilflös ist der deutsche Vorschlag, sich auf einen Aktionsplan - wahrscheinlich nur unverbindlich - zur Bekämpfung von Leistungsmissbrauch, Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung zu beschränken. Vielmehr brauchen wir eine Stärkung der Arbeitsmarkt- und Strukturförderung, eine Verzahnung der nationalen Politiken mit den europäischen Strukturfonds. Vor allem muß von diesem Ministertreffen ein Druck auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik entstehen, damit die deutschen Ressortminister nicht weiter die Bremser spielen.

Außerdem kommt es auf ein konstruktives Zusammenwirken von Wirtschafts- und Sozialpolitik an. Wichtigstes Instrument ist hier die Entsenderichtlinie, die Lohndumping bei Arbeitnehmern verhindern soll, die bei Aufträgen vorübergehend in einem anderen Mitgliedsstaat tätig sind.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 18 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Printed in Germany
on recycled paper
Recycling-Paper



- Ein Beispiel aus Schleswig-Holstein belegt, daß hier untragbare Wettbewerbsverzerrungen vorliegen. Über dubiose Subunternehmer werden Strahler, Schleifer und Spritzer angeboten nach griechischem Recht und Bezahlung in griechischen Drachmen, umgerechnet 6,94 DM Stundenlohn.

Außerdem behält sich der Arbeitgeber ein außerordentliches Kündigungsrecht vor, wenn die Spezialfähigkeiten des Arbeitnehmers nicht seinen Vorstellungen entsprechen. Englische Subunternehmer bieten ohne jedes Risiko für den Auftraggeber Arbeiten zum Stundenakkordpreis für Fachkräfte von gerade 40 DM an. Die soziale Sicherung ist in beiden Fällen nicht vorhanden. Deutsche Unternehmen sind dann nicht mehr wettbewerbsfähig und drohen, selber auf diese Subunternehmer zurückzugreifen und nach deutschem Recht beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu entlassen. Wenn die EU nur solche Mißstände zuläßt, ist es kein Wunder, wenn das Vertrauen in Europa nicht entsteht.

Der Bundesarbeitsminister hat auch sonst keinen Grund, auf seine Sozialpolitik stolz zu sein. Etliche EU-Richtlinien sind noch nicht in deutsches Recht umgesetzt, die Kommission hat deshalb bereits Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesregierung eingeleitet. Längst überfällig ist die Umsetzung der EU-Rahmenrichtlinie zum Arbeitsschutz. Hier hat der Bundesarbeitsminister seine Hausaufgaben nicht gemacht. Auf Druck der Wirtschaftsliberalen in der CDU/CSU und der FDP mußten die Ausschußberatungen sogar unterbrochen werden. Konsequenz: Deutschland wird wieder einmal EU-Recht nicht rechtzeitig umsetzen, in Deutschland beschäftigten Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen werden Arbeitsschutzrechte vorenthalten. Diese Wirklichkeit läßt sich auch mit einem rauschenden Beiprogramm nicht überdecken.

(-/8. Juli 1994/hgs/fr)

Den Turmbau von Babel verhindern

Der Transrapid: In Deutschland nicht brauchbar, für den Export zu teuer

Von Michael Müller MdB

Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Entscheidung über den Transrapid ist auch eine Entscheidung über die Fähigkeit, aus den Fehlern der letzten Jahre zu lernen. Die großtechnologischen, teuren Projekte wie Kalkar oder Wackersdorf sind an ihrer eigenen Unsinnigkeit gestorben. Auch der Transrapid wäre ein vom Staat direkt und indirekt hochsubventioniertes Milliardengrab, nach dessen Nutzen - außer dem für die Betreiber - man bis heute vergeblich forscht. Er wäre eine teure Insellösung im Netz der europäischen Hochgeschwindigkeitsbahnen, mit illusionären Fahrgastzahlen in der Konkurrenz zum ICE, aber ungleich teurer und ohne erkennbare Zeitvorteile, wenn der Aufwand zwischen Hamburg und Berlin von Innenstadt zu Innenstadt gerechnet wird.

Der Transrapid ist schließlich auch nicht durchsetzbar, denn als 1989 die Transrapid-Strecke zwischen Essen und Bonn konkret in der Diskussion war, dauerte es nur wenige Wochen, bis sich ein breiter Bürgerwiderstand formiert hatte, in dem alle sozialen Gruppen und politischen Parteien vertreten waren. Dies würde sich bei einer Zustimmung auch jetzt wiederholen. Dabei steht die Alternative zum Turmbau zur Verfügung: Der Ausbau des ICE und die Weiterentwicklung der Rad-Schiene-Technik.

CDU/CSU/FDP wollen den Transrapid, für sie ist er ein Symbol für den Industriestandort Deutschland und mit diesem dünnen Argument setzen sie die SPD unter Druck. Armer Industriestandort Deutschland, wenn die Regierungspolitik nur noch in den einfältigen Kategorien einer in der dichtbesiedelten Bundesrepublik nicht brauchbaren Großtechnologie denkt, für die es weltweit keinen Markt gibt oder die für die meisten Länder schlicht und einfach zu teuer ist. Schließlich bemüht sich die Bundes-

regierung gerade selbst darum, China das ICE-System zu verkaufen. Diejenigen, die nicht einmal einen Bruchteil des Geldes, das nun für den Transrapid ausgegeben werden soll, in die Förderung der Solartechnik und damit den wichtigsten Zukunftsmarkt stecken, haben keinen Grund, sich als vermeintliche Retter des Industriestandorts Deutschland auszugeben. (-/8. Juli 1994/hgs/fr)

Frauen kehren den Konservativen den Rücken **Die Frauenpolitik der CDU bleibt ein zahnloser Tiger**

Von Karin Junker MdEP

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Es ist schon erstaunlich, daß namhafte männliche Repräsentanten der CDU gerade jetzt die Idee einer Frauenquote für ihre Partei fordern, wo die CDU doch seit der Einführung der Quote in der Parteilösung der SPD auf dem SPD-Bundesparteitag 1988 in Münster keine Gelegenheit ausgelassen hat, dieses Instrument als ein undemokratisches und den Interessen von Frauen eigentlich zuwiderlaufendes untaugliches Mittel der Gleichstellung zu apostrophieren, was auch für manche Unionsfrau gilt. So bekannte sich die Vorsitzende der CSU-Frauenunion, Gerda Hasselfeldt, noch kürzlich zu dem Grundsatz: "Nicht das Geschlecht, sondern die Leistung soll ausschlaggebend sein."

Wenn die CDU nun die Konsequenzen aus den guten Erfahrungen der SPD zu ziehen beginnt, dann könnten sich die Frauen in der SPD und in der Bundesrepublik eigentlich freuen. Hätten sie nicht Grund zu der Annahme, daß diese Forderung in Zeiten der Wahlkämpfe dieses Superwahljahres nur noch retten soll, was nicht mehr zu retten ist: Die Frauen kehren der CDU nachweislich den Rücken, weil sie deren mangelnde Ernsthaftigkeit in Sachen Gleichstellung durchschauen. Wie groß wird erst der Katzenjammer sein, wenn der Frauenanteil in der neuen CDU/CSU-Fraktion nach der Bundestagswahl am 16. Oktober noch geringer sein wird, als er bisher schon ist.

Die Forderung nach einer Quotenregelung in der CDU kommt also zu spät, um bei den Frauen Boden gut zu machen. Die Frauenpolitik der Konservativen bleibt, was sie immer war: ein zahnloser Tiger.

Daß die Sozialdemokratie es im Gegensatz zu den Christdemokraten ernst meint mit der innerparteilichen Gleichstellung, wird eindrucksvoll dadurch dokumentiert, daß die neue sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament von einer Frau, der britischen Labour-Abgeordneten Pauline Green, geführt wird. Dem Gesamtvorstand der Fraktion gehören neuerdings 60 Prozent Frauen an.

(-/8. Juli 1994/hgs/fr)

Die Glaubwürdigkeit des Weltwirtschaftsgipfel steht auf dem Spiel **SPD fordert globale Initiativen für Beschäftigung, Wachstum, Währungsstabilität, Integration Osteuropas und nachhaltige Entwicklung der Dritten Welt**

Von Prof. Dr. Uwe Jens MdB

Wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die begrüßenswerten positiven Anzeichen für eine konjunkturelle Erholung in Nordamerika, Japan und Westeuropa dürfen über die ungelösten tiefgreifenden Probleme und Gefahren für die Weltwirtschaft nicht hinwegtäuschen. Nach wie vor herrschen Massenarbeitslosigkeit und fortgesetzter Ar-

beitsplatzabbau in Westeuropa. Die Dollarschwäche und der überraschend starke Anstieg der langfristigen Zinsen sowie die Unsicherheiten auf den internationalen Finanzmärkten gefährden die weltwirtschaftliche Erholung und Stabilität. Die notwendige Integration Osteuropas in den Kreis der Industrieländer kommt nicht voran, Enttäuschung macht sich in den mittel- und osteuropäischen Ländern breit. Die Entwicklungsländer sehen sich zunehmend von der weltwirtschaftlichen Entwicklung abgehängt. Aus ihrer Sicht erweisen sich die auf der Konferenz von Rio de Janeiro 1992 und den letzten Weltwirtschaftsgipfeln abgegebenen Bekundungen der westlichen Industrieländer für das Zusammenführen von Handel, Wirtschaftsbeziehungen und nachhaltiger Entwicklung immer mehr als heiße Luft.

Die von Helmut Schmidt und Jimmy Carter eingeführten Weltwirtschaftsgipfel sind unter den Nachfolgern Kohl, Reagan und Bush immer mehr zu pompösen Schauveranstaltungen verkommen, bei denen außer vollmundigen Erklärungen nichts weiter herausgekommen ist. Schon auf dem Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München haben sich Kohl, Bush und die anderen Regierungschefs für eine "weltumspannende Zusammenarbeit" und "enge Abstimmung ihrer Politik" ausgesprochen und sich zu einer Politik verpflichtet, "die auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum abzielt". Beim Weltwirtschaftsgipfel in Tokio haben die Regierungschefs ihre Entschlossenheit bekräftigt, "die internationale Zusammenarbeit zu stärken und eine bessere Koordinierung und Effizienz anzustreben".

Statt den 1992 und 1993 abgegebenen Verpflichtungen für mehr Arbeit und Wachstum und mehr Effizienz und Koordination nachzukommen, hat Kohl in Deutschland die tiefste Rezession der Nachkriegszeit und die Vernichtung von nahezu eine Million Arbeitsplätzen seit Sommer 1992 tatenlos hingenommen. Anstatt, wie versprochen, mehr Abstimmung der Politik zu gewährleisten, hat Kohl lange die Europäische Wachstums- und Beschäftigungsinitiative blockiert und schließlich verwässert. Anstatt die deutsche Staatsverschuldung abzubauen, hat Kohl ihre weitere explosionsartige Zunahme zugelassen. Anstatt für Währungsstabilität in Europa zu sorgen, haben Kohl und die Bundesbank mit ihrer Verweigerung jeglicher währungspolitischer Koordinierung in der Europäischen Union den Zusammenbruch des EMS zu verantworten. Anstatt die in Tokio und vorher in München eingegangenen Verpflichtungen für mehr Zusammenarbeit, für mehr Wachstum und Beschäftigung und die Integration Mittel- und Osteuropas durch konkrete Politik zu erfüllen, ist das Gegenteil geschehen und sind Hoffnungen durch Untätigkeit enttäuscht worden.

Kohls Erklärungen auf Weltwirtschaftsgipfeln stehen in diametralem Gegensatz zu seiner tatsächlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland und der Europäischen Union. Eine nüchterne Bilanz der beiden letzten Weltwirtschaftsgipfel beweist: In München und Tokio hat Kohl mehrfach Wortbruch begangen. Es ist kein Wunder, wenn Präsident Clinton Deutschland an seine Verantwortung im internationalen Rahmen und in der Europäischen Union erinnert.

Die SPD fordert vom Weltwirtschaftsgipfel globale Initiativen für Beschäftigung, Wachstum, Integration Osteuropas und für Währungsstabilität. Auch die Ergebnisse der Konferenz von Rio de Janeiro im Sinne der Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung in der Dritten Welt müssen wieder aufgegriffen werden. Vorschläge für eine solche globale Initiative liegen auf dem Tisch. Zum Beispiel sollten die Regierungschefs ernsthaft das Konzept für mehr Währungsstabilität der Kommission unter Leitung des früheren US-Notenbankpräsidenten Volcker prüfen. Das von der EU-Kommission vorgelegte Konzept einer Europäischen Wachstumsinitiative muß schleunigst umgesetzt werden. Mittelfristige Konsolidierungskonzepte für die Staatshaushalte, insbesondere der Bundesrepublik, stehen nach wie vor aus.

Die SPD warnt Kohl davor, auch in Neapel wieder Wortbrüche zu begehen. Es wäre verantwortungslos, in Neapel erneut Versprechungen zu machen und Hoffnungen zu wecken, ohne ihnen Taten folgen zu lassen. Die Glaubwürdigkeit der Weltwirtschaftsgipfel steht auf dem Spiel.

(-/8.7.1994/vo-he/hgs)
